



KOMMENTAR

Nach Paris ...

Von Jörg Radek, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Bezirk Bundespolizei

Den Bundesgrenzschutz (BGS) und die Bundespolizei prägten in ihrer über 60-jährigen Geschichte drei Perioden von Ministern: Hans-Dietrich Genscher, Wolfgang Schäuble – in seiner ersten Phase als Innenminister – sowie Otto Schily.

Mit dem Reformeifer der sozial-liberalen Koalition wurde unter der politischen Führung von Hans-Dietrich Genscher ein Programm für innere Sicherheit geschaffen. Das BGS-Gesetz kam damals einem Musterentwurf eines bundesweit einheitlichen Polizeigesetzes sehr nahe. Der BGS erhielt seine erste Personalstruktur, die den prüfungsfreien Wechsel zu den Ländern ermöglichte. „Mehr Demokratie wagen“, hieß für die öffentliche Verwaltung, endlich auf ein Mitbestimmungsgesetz zurückgreifen zu können, das seinen Namen auch verdient: das Bundespersonalvertretungsgesetz. Mit der Deutschen Einheit 1990 gab es eine Aufgabenerweiterung für die Bundespolizei. Es gab dafür auch das nötige Personal. Die Aufgabenwahrnehmung erfolgte integrativ und wurde mit einer „Präsidialverwaltung“ organisiert. Damals hatte Minister Schäuble den politischen Willen dazu. Den dritten politischen Meilenstein setzte Otto Schily mit den Attraktivitätsprogrammen und der Umbenennung in „Bundespolizei“. – Nicht ohne den Beitrag Josef Scheurings.

Die Anschläge von Paris lösten eine Betroffenheit aus, wie wir sie seit 9/11 nicht mehr erlebten. Doch wir erinnern uns an die Attacken im März 2004 in Madrid und im Juli 2005 in London. Die Anschläge führten kaum zu grundlegenden politischen Schlussfolgerungen. Die innenpolitischen Dimensionen von terroristischen Gewalttaten nach dem Pariser Muster und deren Strahlkraft ins Ausland machen ein Handeln der Bundesregierung unausweichlich. Doch eine Entschlussfassung dazu muss ganz-

heitlich ansetzen. Kaum einer weiß es, aber der Zoll ist im polizeilichen Kampf gegen den internationalen Terrorismus ein wesentliches und vor allem unverzichtbares Instrument der Sicherheitsarchitektur. Der sicherheitspolitische Stillstand muss aufgehoben werden. Die Schuldenbremse blockiert die Behörden der Bundespolizei und des Zolls.

**Wir können alles,
nur nicht gleichzeitig!**

Die Stellenkürzungen in der Bundesverwaltung in den letzten Jahren führten dazu, dass Polizisten Verwaltungsaufgaben erfüllen. Organisationsversagen kann dadurch abgewendet werden. Doch die Überlastung bei der Wahrnehmung von Verwaltungstätigkeiten aber nicht. Die Balance zwischen Aufgabe und Personal ist nicht mehr gegeben. Die Übernahme von zusätzlichen Aufgaben entzieht Personal für die Kernaufgaben. Für die Bundespolizei ergibt dies einen begründeten Mehrbedarf von ca. 2900. Personelle Defizite führen zu Schwerpunktsetzungen an den Flughäfen oder der deutsch-österreichischen Grenze. Doch sie können dort nicht behoben werden. Wir entblößen andere Bereiche und ziehen uns zurück. Die Bereitschaftspolizei soll die „Einsatzreserve des Bundes“ abbilden. Solche Annahmen liegen wohl zugrunde, wenn die Bundeskanzlerin über die Medien die Bundespolizei an die Länder verfassungskonform anbindet. Grundsätzlich unterstützen sich die Länder gegenseitig. Der Bundesbereitschaftspolizei wird in diesem föderalen Gefüge eine Schlüsselrolle zuerkannt. Doch seit Jahresanfang werden Grenzen aufgezeigt und die einsatzstarken Zeiten mit gleichzeitigen Lagen bei Fußballspielen, Großlagen aus den verschiedenen Anlässen und Unterstützungen in den eigenen Schwerpunkten stehen erst noch

bevor. Eine stabile Gesellschaft erhalten wir nicht nur durch verschärfte Gesetze. Wir benötigen dafür Personal.

Stellt sich die Frage, wie wir bei rückläufiger Zahl an Schulabgängern Nachwuchs gewinnen. Auch in einer Konkurrenzlage zu anderen Verwaltungen für unseren eigenen Verwaltungsbereich ... Auch hier müssen die Denkgewohnheiten geändert werden. Um den notwendigen Personalbedarf für die Vollzugsbereiche zu decken, brauchen wir die „dezentrale“ Nachwuchswerbung; insbesondere für die Bereiche, die gegenwärtig den höchsten Personalbedarf haben. Die Entscheidung des Ministers auf der Basis der Beratung der Direktionsleiter aus dem vergangenen Frühjahr sollte dahingehend überprüft und geändert werden. Für die Verwaltungsbereiche kann eine veränderte Personalkultur bei der Übernahme von Auszubildenden die Lücken decken und helfen, Überlastungen abzubauen. Auch hier gilt: Berufszufriedenheit ist der beste Werbeträger.

Regierungskunst ist das Erkennen von Herausforderungen sowie die Entwicklung und Durchsetzung von geeigneten Lösungen. Wenn die Schüsse von Paris, anders als alles davor, uns beeindruckt haben, dann sollten wir auch danach handeln, so wie Hans-Dietrich Genscher, so wie Anfang der 90er Wolfgang Schäuble und um die Jahrtausendwende Otto Schily. Wir haben diese Entwicklung als Gewerkschaft konstruktiv begleitet. Für die Menschen, deren Sorgen wir sehr ernst nehmen, stehen wir dafür auch gegenwärtig zur Verfügung.



Foto: F. Radek



Kompetent und führungslos: Der Zoll im Kampf gegen den Terrorismus ...

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) kritisiert, dass der Zoll nicht über die notwendigen und an seinen Polizeiaufgaben orientierten Melde- und Befehlswege verfügt. Das wurde beim jüngsten Mitfahndungsersuchen der französischen Behörden Anfang Januar 2015 an die deutschen Sicherheitsbehörden nach den flüchtigen Terroristen in Frankreich deutlich: Das Ersuchen hatte zwar – wie vorgesehen – den Zoll erreicht, nicht aber die zuständigen Einsatzkräfte des Zolls an der französischen Grenze vor Ort. Vor dem aktuellen Hinter-

grund, dass Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) nach den Terroranschlägen erneut forderte, dass Grenzbeamte bestens über Terroristen informiert sein müssen, bezeichnet die GdP die praktizierte Melde- und Befehlslage bei seinem für den Zoll zuständigen Amtsbruder Wolfgang Schäuble (CDU) als im höchsten Maße verantwortungslos.

Polizeiliche Selbstverständlichkeiten, wie örtliche Wachen, Führungsgruppen, Leiter vom Dienst, Leitstellen, Befehlsstellen seien im Zoll Fehlanzeige. Es mangelt an regionalen, bezirklichen und bundesweiten Lage- und Führungsdiensten zur Steuerung und Information der Einsatzkräfte im Zoll, die mit Polizeiaufgaben betraut sind. Selbst die Information der Einsatzkräfte aus Gründen der Eigensicherung ist nicht gewährleistet.

„Schon das ist ein Skandal“, erklärt der GdP-Zoll-Chef Frank Buckenhofer, selbst Einsatzbeamter, der es für unverantwortlich hält, dass Kontroll- und Streifenbeamte in einem Einsatzraum unterwegs sind, von dem sie nicht wissen, was gerade dort passiert. Die Zollbeamten mit polizeilichen Vollzugsaufgaben haben weder vor Ort noch in der Region einen gemeinsamen Chef und sind nicht rund um die Uhr mit ihren Kolleginnen und Kollegen von Bundes- und Landespolizei vernetzt. Selbst bundesweit muss immer erst der Abteilungsleiter im Ministerium bemüht werden, wenn man einen Chef brauche, der abschließend bei polizeilichen Lagen entscheiden kann. Das ist alles andere als eine schlanke und effektive Aufbauorganisation.

Der Zoll ist im polizeilichen Kampf gegen den internationalen Terrorismus ein wesentliches und vor allem unverzichtbares Instrument der Sicherheitsarchitektur.

Die Sicherung von außenwirtschaftsrechtlichen Verboten und Beschränkungen, des Kriegswaffenkontrollrechts sowie die Fahndung nach internationalen Geldströmen zur Finanzierung des Terrorismus sind nur einige der originären Aufgaben des Zolls im Kampf gegen den Terror. Auch finanzieren sich Terrororganisationen nicht selten durch den Schmuggel von Rauschgift, Waffen oder Zigaretten, was ebenfalls durch den Zoll bekämpft wird. Manchmal tauchen Terroristen – zuweilen als Schläfer – sogar in illegalen Beschäftigungsverhältnissen bei Zollkontrollen auf dem Arbeitsmarkt auf. Am unmittelbarsten ist aber die Auseinandersetzung des Zolls mit Terroristen, die immer auch international unterwegs sind, im Rahmen von Kontrollen an den deutschen Grenzen. Hier stoßen Kontroll- und Streifenbeamte im Zweifel ohne Vorwarnung auf die gesuchte Terrorkämpferin oder den gesuchten -kämpfer.

„Wie lange will die Politik in Berlin noch zusehen, wie der Zoll seine gesetzlich zugewiesenen Polizeiaufgaben mit den bürokratischen Strukturen einer Finanzverwaltung zu erledigen versucht? Der Zoll muss dringend aus dem parlamentarischen Schatten der Kontrolllosigkeit zwischen der Finanz- und Innenpolitik herausgeholt werden“, so Buckenhofer in einer Presseerklärung hierzu abschließend.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Bezirk Bundespolizei**

Geschäftsstelle:
Forststraße 3a,
40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-0
Telefax (02 11) 71 04-555

Redaktion:
Dr. Hartmut Kühn (V.i.S.d.P.)
Forststraße 3a,
40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-0
Telefax (02 11) 71 04-5 55
Internet: www.gdp-bundespolizei.de
E-Mail: info@gdp-bundespolizei.de
Martin Schmitt
Mobil (01 72) 8 99 05 23
E-Mail: schmitt-karlstein@freenet.de

Die Redaktion behält sich vor, LeserInnenbriefe gekürzt zu veröffentlichen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernehmen wir keine Gewähr. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Nachdruck und Verwertung, ganz oder teilweise – auch in elektronischen Medien – nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion. Dies gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Mailboxes sowie für Vervielfältigungen auf CD-ROM.

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZIELITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 37
vom 1. Januar 2015
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42–50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2836

NACHRUF

Wir trauern um unseren Kollegen

Marco Neumann

der im Alter von nur 48 Jahren am 28. Dezember 2014 unerwartet verstarb. Marco Neumann war ein beliebter und stets hilfsbereiter Kollege, der uns allen in guter Erinnerung bleiben wird. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Michael Schaffrath – für die GdP-Kreisgruppe Aachen



STANDPUNKT

Wann beginnt der Lernprozess?

Von Martin Schmitt, Vorsitzender der Direktionsgruppe Flughafen Frankfurt/Main der Gewerkschaft der Polizei (GdP)

Egal wie man die Decke über den vorhandenen Personalkörper in der Bundespolizei ausrichtet, sie wird immer zu kurz sein. Und für Ballungsräume, wie das Rhein-Main-Gebiet, fehlt Personal, was weitere Erschwernisse im Dienstalltag nach sich zieht. Gleiches gilt zugegebenermaßen auch für andere Regionen und Organisationseinheiten.

Doch die Entscheidung zur Neuaufstellung der Bundespolizeiinspektion Bundesbank (BPOLI BBk) führt uns Wechselwirkungen vor Augen, die niemand wahrhaben wollte. Die Bewerberlage zeigt doch eindeutig, dass sich kaum jemand nach Frankfurt am Main versetzen lassen will, der nicht dort bereits seinen Dienst versieht. Folge falscher Einstellungspolitik, da der Reflex zur Werbung „Rund-ums-Haus“ doch zu spät einsetzte und als Personalgewinnung eher für den Flughafen angedacht war. Doch es kommt noch schlimmer: Etwa 200 Kolleginnen und Kollegen aus der Bundespolizeidirektion Flughafen Frankfurt/Main bewarben sich – auch in Mehrfachbewerbungen – auf die ausgeschriebenen freien und besetzbaren Dienstposten. Und es werden sich wahrscheinlich auch viele Beschäftigte im Auswahlverfahren durchsetzen und damit ihre Bewerbungen „ins Ziel bringen“. Da wir um die Bewerberlage wissen, die veränderungswilligen Kolleginnen und Kollegen kennen, bedeutet dies, dass uns u. a. wichtiges Organisations- und Kopfwissen verloren gehen wird. Und dies u. U. genau zum Zeitpunkt der Schengen-Evaluation unserer Dienststelle. Nimmt man nun auch noch weitere Bewerbungen der Beschäftigten des Frankfurter Hauptbahnhofes aus dem Bereich der dort angesiedelten Bundespolizeiinspektion hinzu, die nach Stellenzuschlag ebenfalls nachbesetzt werden müssen, dann steht im Rhein-Main-Gebiet tatsächlich die innere Sicherheit vor einem Kollaps. Der Vorsitzende der GdP-Direktionsgruppe Koblenz, Roland Voss, hat mit seiner Quintessenz vollkommen recht (nachzulesen unter dir-koblenz.gdpbundespolizei.de). Auch wir als Flughafen-Di-

rektionsgruppe äußerten uns Mitte Januar 2016 hierzu ebenfalls mit einer Presseerklärung und nahmen die Bundeskanzlerin beim Wort (siehe hierzu gdpffm.de).

Und es geht uns nicht darum, dass neue Aufgabenübernahmen für die Bundespolizei infrage gestellt werden. Nein, es geht uns um mangelnde Affinität zu den Wechselwirkungen in unserer Organisation und zu dem, was dies für einzelne Bereiche bedeutet. Als ich die – jetzt dokumentiert einsetzenden – möglichen Veränderungsströmungen zur BPOLI BBk vor vielen Monaten skizzierte, schenkte man mir seitens der Personalverantwortlichen in der Bundespolizei keinen Glauben. Damit kann ich gut umgehen. Doch dass sich daraus jetzt nichts ausgelöst wird und niemand hinterfragt, warum dies so ist, hinterlässt einen faden Beigeschmack. – Ein „business as usual“ darf es m. E. nicht geben, wenn wir uns auch weiterhin konkret zur Steigerung der Attraktivität der Dienststelle auf Rhein-Main unterhalten wollen. Dabei geht es nicht darum, dass wir besserwisserisch nach schnellen Antworten suchen. Diese werden bereits – je nach Positionierung – diskutiert und reichen von Aussagen wie: „Nur weg hier, woanders ist es besser als auf dem Flughafen“ bis zur „Erhöhung der Verwendungsbreite im Sinne eines Bausteinerwerbs des Personalentwicklungskonzepts“. – Die Wahrheit wird irgendwo dazwischen liegen und dies sollte endlich eine Aufarbeitung erfahren. Die hohe Wiedereinstellung von Laufbahn- und Studienabsolventen nach erfolgreichem Abschluss der Ausbildung bzw. des Studiums am Frankfurter Flughafen wird einer Annahme des Lebens- und Dienstraums im Rhein-Main-Gebiet nicht gerecht. Das sieht man auch an den Kündigungszahlen.



Martin Schmitt plädiert für eine allumfassendere Betrachtung des Drehkreuzes Rhein-Main. Fotos: Pressestelle Fraport (oben) sowie GdP (rechts)



Und es geht auch um die „Dagebliebenen“; – also diejenigen, die sich nicht verändern möchten, aber ständig die neuen Lagen aufgrund der Personalfluktuations kompensieren müssen.

So beißt sich die Katze wieder einmal in ihren Schwanz ... – Wir hätten in der Bundespolizei das Know-how, die entstandene Lage einmal dezidiert aufzuarbeiten, um auch an ernsthaften Lösungen zu arbeiten, jedoch fehlt die Ernsthaftigkeit. Eine solche Arbeitsgruppe wäre eine sinnvolle Investition in die Zukunft. Vielleicht gibt es ja eine solche Allianz der Vernunft, denn die Steigerung der Fluggastzahlen ist dokumentiert und auch ein Terminal 3 an Deutschlands größtem Flughafen lässt nicht auf sich warten und wird nicht vollautomatisiert zu grenzpolizeilicher Aufgabenerfüllung sowie den Erfordernissen im Bereich der Luftsicherheit betrieben werden können. – Ergo: Ein „Weiter so ...“ darf es nicht geben.



Wir fordern: Endlich mehr Entwicklung für den Tarifbereich ...

Bei polizeilichem Tätigwerden handelt es sich unstrittig um den Kernbereich hoheitlichen Handelns. Die von der Polizeiverwaltung erbrachten Dienstleistungen stehen damit in einem eng verzahnten Zusammenhang. Das eine geht nicht ohne das andere. Somit muss auch die Personallage der Verwaltung in der Bundespolizei zwingend ganzheitlich betrachtet werden. Dennoch hat die Bundespolizei in nur acht Jahren ca. 27% ihrer Haushaltstellen im Tarifbereich verloren. Zudem beträgt der Altersdurchschnitt der Tarifbeschäftigten in der Bundespolizei 48,4 Jahre. Die demografische Entwicklung macht auch um die Verwaltung keinen Bogen. Der Stellenabbau seit 1992 und die zukünftigen Ruhestandsdaten – inklusive des vorgezogenen Renteneintrittsalters mit 63 Lebensjahren – treffen auf ein Personaldefizit von ca. 400 Beschäftigten. Vor dem Hintergrund der rückläufigen Zahl an Schulabgängern wird es extrem schwer, diese Lücke zu schließen. Die Kolleginnen und Kollegen in der Verwaltung der Bundespolizei erbringen umfassende Dienstleistungen als Voraussetzung für die polizeiliche Aufgabenerfüllung. Die Unterstützungsleistung für den polizeilichen Auftrag macht „ein Denken im System“ erforderlich. Spätestens an dieser Schnittstelle zeigt sich sehr deutlich, dass die Privatisierungswelle und bisherigen Ausgliederungen in die Sackgasse führen. Zeigen uns doch gerade das Outsourcing in der Luftsicherheit, der Gebäudereinigung und der Bewachung eigener Einrichtungen, dass diese keinesfalls wirtschaftlicher sind oder zu finanziellen Einsparungen geführt hätten. Von der oft qualitativ schlechteren Aufgabenerfüllung ganz zu schweigen ... – Bisher gebetsmühlenartig gepredigte und eventuell kurzfristig erzielte Einspareffekte rächen sich nun spätestens bei der Nachwuchsgewinnung. Jetzt gilt es, ohne Verzögerungen alle notwendigen Anstrengungen zu unternehmen, um die Zukunftsfähigkeit der Verwaltung zu gewährleisten. Die beginnt mit der Ausbildung und der Übernahme von ausgebildeten Kolleginnen und Kollegen in ein dann unbefristetes und fair bezahltes Arbeitsverhältnis.

Ebenso sind Aufgabenanreicherungen in den Tätigkeitsdarstellungen zu berücksichtigen und diese gegebenenfalls zu aktualisieren. Viele Tätigkeiten, gerade in den technischen Berufsfeldern wie Kfz-Mechatronik, Elektro-, Elektronik- und Waffentechnik, haben sich fast revolutioniert, was in die bisherigen Darstellungen und Stellenbewertungen nicht mit eingeflossen ist. Ganz im Gegenteil: Es wird immer wieder versucht, Tätigkeitsdarstellungen und -bewertungen „einzudampfen“, um im Endeffekt eine womöglich schlechtere Bezahlung ableiten zu können. Allein durch die Neuorganisation sind 40 Stellen gestrichen und 62 Stellen abgesenkt worden.

Wir wollen, dass die Kolleginnen und Kollegen eine Entwicklungschance durch Fortbildung erhalten, um den sich ständig verändernden Anforderungen in der Bundespolizei entsprechen zu können.

Gerade die Eingruppierung gemäß Tarifvertrag zur neuen Entgeltordnung (EGO) hat uns gezeigt, dass die Dienststellen es bisher versäumt haben, „flächendeckend“ Arbeitsplatzbeschreibungen der verschiedensten Arbeitsplätze und Stellen zu erarbeiten. Dabei sind diese für eine tarifrechtlich richtige Eingruppierung unerlässlich. Bleibt die Frage: Nach welchem Muster bzw. welchen Parametern wurden unsere Beschäftigten bisher überhaupt eingruppiert? – Sicher trifft dies nicht auf alle

Beschäftigungsverhältnisse in der Bundespolizei in gleichem Maße zu, dennoch bleibt ein fader Beigeschmack.

Betonen muss man zudem, dass die Herabsetzung von Tätigkeiten auch eine Geringschätzung der geleisteten Arbeit und somit der Beschäftigten überhaupt darstellt. Wer sich der Bedeutung einer kompetenten, funktionstüchtigen Polizeiverwaltung bewusst ist, zeigt es im Umgang mit der Entgeltordnung (EGO). – Die Ausbildungsleistung ist anzuerkennen und durch entsprechende Eingruppierung zu würdigen. Das geschieht gerade im Falle unserer ausgebildeten Verwaltungsfachangeestellten nicht. Hier brauchen wir dringend und umgehend eine veränderte Wertschätzungskultur.

In den Stellenausschreibungen anderer öffentlicher Verwaltungen werden die verschiedensten Verwaltungstätigkeiten durchweg besser bewertet und vergütet. So verlieren wir an Wettbewerbsfähigkeit auf dem Ausbildungs- und Stellenmarkt und in der Folge auch unsere gut ausgebildeten Kolleginnen und Kollegen. Dabei kann die Abwanderung von gut ausgebildetem Personal zu den Kommunen, Landesverwaltungen oder Bedarfsträgern mit einer anderen Personalkultur zu einem Organisationsversagen führen. Derzeit wird dies durch die Überlastung unserer Beschäftigten und deren überdurchschnittlichen Leistungsbereitschaft verhindert.

Wir wollen nicht, dass die Polizeiorganisation auf der Strecke bleibt. Unser Ziel ist eine Entwicklungsoffensive für unsere Kolleginnen und Kollegen. – Attraktivität für alle!

NACHRUF

Unser langjährig aktives Mitglied

Horst Rudolph

verstarb am 17. Januar 2015 im Alter von nur 63 Jahren. Er war bis zu seinem kurzen Ruhestand beim Hauptzollamt Frankfurt/Main tätig. Wir trauern um einen sehr geschätzten und liebenswerten Kollegen, der als Personalratsmitglied und Vertrauensmann der Schwerbehinderten der gewerkschaftlichen Arbeit stets verbunden war.

Unsere Anteilnahme gilt auch seinen Familienangehörigen.

Wir werden ihm ein würdiges Andenken bewahren.

Robert Gensmann – für die GdP-Kreisgruppe Rhein-Hessen-Saar



VORSICHT GLOSSE – NEUES VON POM FRITZ

Das jetzt das absolute Ende zu Vorstellungen meiner Beförderung erreicht wurde, habe ich ja schon in meinem letzten Artikel mitgeteilt. Und das wird mir jetzt auch bestätigt ...

Die Beurteilungsrichtlinien werden geändert und die Spitzennoten erheblich reduziert, und bei meinem Glück gehöre ich wieder zu denen, die abgesenkt werden und dann leer ausgehen. – Aber das wollte ich ja gar nicht loswerden, sondern darauf eingehen, dass ich mir meine einfachen Gedanken mache und damit jetzt nicht mehr so zurechtkomme, was aber wiederum daran liegen kann, dass ich vielleicht alles falsch sehe.

Jedenfalls habe ich mal wieder an der Tür meines Hundertschaftsführers gelauscht, als der mal wieder so richtig in Rage geriet, und unser „Sachbearbeiter Innerer Dienst“ (früher hieß der einfach „Spieß“) musste sich das anhören: „Zwölf Härtefälle für die ganze Bereitschaftspolizei als Personalzuwachs. Von 85 geplanten Personalzulaufen bleiben uns ganze zwölf. Zwölf Mann für die Bundesbereitschaftspolizei und 200 Leute, also der Rest, kommen auf den Flughafen nach Frankfurt am Main.“ „Wieso denn das“, fragte unser „Spieß“ (heute: „Sachbearbeiter Innerer Dienst“). „Weil sich vom Frankfurter Flughafen so viele Leute zur Be-

wachung der Goldreserven erfolgreich beworben haben, sodass dort unbedingt Personalersatz benötigt wird, was ich auch verstehen kann, obwohl durch die Audits bei den privaten Luftsicherheitsassistenten und den Firmen noch gar nicht feststeht, ob der Frankfurter Flughafen ... Ach was, ich will mich jetzt nicht noch in das nächste Dilemma verzetteln. Natürlich haben wir in den nächsten Monaten Ruhestände auszugleichen, aber dass das nur zwölf im laufenden Jahr 2015 sein sollen, bezweifle ich, denn bei uns in der Abteilung gehen schon acht Leute in den nächsten Monaten. Aber wir mussten ja unbedingt diese neue Aufgabe übernehmen und auf Goldklumpen aufpassen.“

Wie immer ging das noch ein paar Minuten so weiter, und mein Chef lief hochrot dabei an, und es ist auch besser, wenn ich den Rest der Ausführungen für mich behalte; der steht ja kurz vor der Pension, und die gönne ich ihm natürlich, aber ob andere ihm das gönnen, kann ich nicht mit Sicherheit sagen.

Jedenfalls habe ich mir dann mal so meine Gedanken gemacht: Wir stellen für das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, das Bundesamt für Verfassungsschutz, das Bundeskriminalamt, das Auswärtige Amt und für viele andere mehr, Personal zur Verfügung, für Aufgaben, die die teilweise seit Jahrzehnten nicht allei-

ne geregelt bekommen. Wenn diese Aufgaben nicht bald bundesweit so geregelt werden, dass jede Behörde ihre Aufgaben selber erledigt, ist es doch falsch, dass die Personalberechnung für die Bundespolizei nicht diese zusätzlichen Aufgaben berücksichtigt, wie das jetzt bei den Goldreserven gemacht wird.

Unser Präsident der Bundespolizei müsste also dafür antreten, dass wir entweder die Aufgabe mit zugewiesenen Dienstposten beim BAMF, BfV und so weiter durchführen oder die Aufgaben kurzfristig auslaufen. Gerade in Zeiten, in denen die Terrorgefahr wieder mal zunimmt, ist es doch nicht in Ordnung, wenn man mit der Neuorganisation verkündet, dass man mehr Polizisten auf die Straße bringen muss, dann aber Abordnungen zulässt, die mit Polizeiarbeit gar nichts zu tun haben. Ich habe das meinem Chef (dem Hundertschaftsführer) gesagt, und der hat mich gelobt, indem er zu meinem „Sachbearbeiter Innerer Dienst“ (dem „Spieß“) sagte: „Nun schauen sie sich mal den Fritz an, der hat gar nicht so schlechte Ideen.“ Da sind meine Hoffnungen wieder gestiegen, dass ich doch noch Polizeihauptmeister werde, aber die Hoffnungen hat mein Hundertschaftsführer (der Chef) schnell wieder zerschlagen als er sagte: „Fritz, glauben Sie ja nicht, dass hier noch gute Ideen gefragt sind.“

VERABSCHIEDUNG

„Mutter der Mitgliederverwaltung“, Irene Kurowski, tritt in den Ruhestand ...

Am 20. Januar 2015 verrichtete Irene Kurowski (links) ihren letzten Arbeitstag. Nach 47 Jahren im Beruf, davon fast auf den Tag genau 20 Jahre bei der Gewerkschaft der Polizei (GdP), verabschiedete sie sich nunmehr in ihr wohlverdientes Dasein als Rentnerin. Irene trug in der Geschäftsstelle unseres GdP-Bezirks Bundespolizei für die EDV-Mitgliederverwaltung Verantwortung und „legte“ in ihrer aktiven Zeit praktisch fast jedes neue Mitglied digital „an“. Auch jede Änderung, sei es in der Adresse nach einem Umzug, sei es eine Namensänderung nach Ehe-

schließung, sei es ein Wechsel der Zugehörigkeit zu einer neuen Kreisgruppe, sei es eine Beförderung, pflegte sie in die EDV ein. Für unsere Mitglieder und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unseren Kreis- und Direktionsgruppen hatte Irene stets ein offenes Ohr.

Der Vorsitzende des GdP-Bezirks Bundespolizei, Jörg Radek (rechts), dankte Irene für ihr Engagement und ihre Verlässlichkeit während der vergangenen 20 Jahre. Er hob vor allem Irenes Leistungen in der Zeit des Aufbaus unseres jungen GdP-Bezirks hervor, als in kurzer Zeit alle Mitglieder aus den GdP-Landesbezirken in eine eigene EDV des damaligen Bezirks Bundesgrenzschutz übertragen werden mussten.



Foto: GdP

Wir wünschen dir, liebe Irene, alles erdenklich Gute für deinen wohlverdienten Ruhestand; vor allem Gesundheit und Zufriedenheit.

Dr. Hartmut Kühn



AKTIVITÄTEN DER SENIOREN IN DER KREISGRUPPE BERLIN

Auch in 2014 wurde, wie in den vorangegangenen Jahren auch, erneut ein weiterer Besuch in einer politischen Institution durch die Berliner Seniorengruppe der Gewerkschaft der Polizei (GdP) organisiert und durchgeführt.

Auf vielfachen Wunsch unserer Mitglieder der Seniorengruppe der GdP-Kreisgruppe Bundespolizei Berlin erfolgte dieser Besuch Anfang November 2014 im Bundespräsidialamt, also dem Amtssitz unseres Bundespräsidenten, im Schloss Bellevue. Dieser Besuch wurde wiederum mit Beteiligung von Ehepartnern bzw. Angehörigen ange-

boten. Am Tag unseres Besuchs befand sich Bundespräsident Joachim Gauck nicht in seinem Amtssitz; bei Anwesenheit des ersten Mannes im Staat ist eine Führung durch das Schloss nicht möglich. Nach freundlicher Begrüßung durch eine Angehörige des Besucherdienstes hörten wir Wissenswertes und für uns sehr interessante Ausführungen zur Geschichte dieses Areals. Mit der Errichtung des Schlosses im Jahr 1785 von Ferdinand von Preußen erfolgte auch die Anlage des Schlossparks, der zu den schönsten preußischen Landschaftsgärten zählt. Sehr beeindruckend war auch die Besichtigung der Eingangshalle mit dem ausliegenden Gästebuch für Staatsgäste, die als

offener Saal gestaltet ist. Zunächst wurden wir durch die Salons mit den Galerien im Erdgeschoss geführt. Die weitere Schlossführung erfolgte im Obergeschoss durch weitere Salons und Säle, wie dem großen Langhanssaal sowie dem Schinkelsaal. Nach Beendigung der Besichtigung des Präsidentensitzes verließen wir das Schloss Bellevue über die große Freitreppe zum Schlosspark. Hier entstand auch dieses Erinnerungsfoto. Mit einem herbstlichen letzten Spaziergang durch den herrlich angelegten Schlosspark gelangten wir in das angrenzende Bundespräsidialamt. Diese oberste Bundesbehörde mit ca. 180 Mitarbeitern unterstützt den Bundespräsidenten bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben als Staatsoberhaupt. Es folgte ein Rundgang im Foyer des Bundespräsidialamtes entlang der aufgestellten Büsten aller ehemaligen Bundespräsidenten.

Am gleichen Tag, dem 4. November 2014, fand die GdP-Demonstration unseres Bezirks Bundespolizei unter dem Motto „Tatütata? – Nix mehr da!“ auf der Berliner Moabiter Brücke statt. Nach unserem Besuch im Bundespräsidialamt nahmen unsere Senioren mit ihren Angehörigen zahlreich an dieser Aktion teil und leisteten damit ebenfalls unterstützend einen Beitrag für den Erfolg dieser Initiative.

Gerhard Landgraf, GdP-Seniorenvorsitzender Bundespolizei Berlin



Foto: GdP

EINSATZBETREUUNG

Saukalt und trotzdem für unsere Kolleginnen und Kollegen im Einsatz ...

Es ist Samstag, der 29. November 2014, und wieder einmal ist die Gewerkschaft der Polizei (GdP) für ihre Kolleginnen und Kollegen in Rostock vor Ort im Einsatz. Bei fast Null Grad stellten die Kreisgruppe (KG) Ratzeburg, der Landesbezirk Mecklenburg-Vorpommern und die Direktionsgruppe (DG) Küste gemeinsam eine Einsatzbetreuung anlässlich des Fußballspiels von Hansa Rostock gegen Dynamo Dresden sicher.

Das Einsatzteam baute erneut unsere „Event- und Betreuungsausstattung“ auf und zeigte damit deutlich Flagge für die GdP. Grit Georg-Dechart (stellvertretende Vorsitzende der DG Küste), Maik Prehn (Vorsitzender der KG Ratzeburg), Daniel

Emde (stellvertretender Vorsitzender der KG Mecklenburg-Vorpommern [MV]), Michael Mesche (Kassierer der KG MV) sowie Dirk Gzega (GdP-Vertrauensmann der MKÜ) betreuten in bewährter Art und Weise die Einsatzkräfte der Länder und des Bundes am Bahnhof in Rostock. Der GdP-Landesvorsitzende Christian Schumacher sowie der Vorsitzende der KG Anklam, Marco Bialecki, konnten sich während eines Besuchs ein Bild vom Gesamtkonzept der gemeinsamen Betreuungsmaßnahmen an diesem Tag in Rostock machen.

Insgesamt wurden mehr als 120 Liter Kaffee, 35 Liter Tee, 200 Kuchenstücke und 300 Würstchen an die Einsatzkräfte verteilt. Vor allem die Warmgetränke wurden während der Einsatzphasen gerne angenommen, um so einmal kurz zur Ruhe zu kommen.

In vielen Gesprächen mit den Kolleginnen und Kollegen kamen immer wieder die Themen „Gewalt gegen Polizisten“ und die Verbesserung der Ausstattung zur Sprache. Das wirklich größte Problem aber stellten die personelle Situation der Hundertschaften sowie der Dienststellen, die Überalterung der Einsatzkräfte und die damit verbundene hohe Belastung dar. Sehr positiv über dieses GdP-Engagement äußerten sich Präsident Friedrich Eichele, Pfarrer Kiesbye und die Einsatzleiter der Inspektion Rostock, die ebenfalls unseren Stand besuchten und sich in die Diskussionen einbrachten.

Eine gelungene Einsatzbetreuung, so jedenfalls das Fazit des Betreuungsteams, nach den Gesprächen und den vielen positiven Rückmeldungen der Einsatzkräfte. Die GdP wird sich weiter um die angesproche-



EINSATZBETREUUNG

nen Themen kümmern und für Verbesserungen eintreten.

Bis zum Spielbeginn war die Einsatzlage ruhig, während des Fußballspiels kam es zu einer Spielunterbrechung aufgrund des Einsatzes von Pyrotechnik seitens der Dresdner Fans. Und leider kam es nach dem Spiel zu Ausschreitungen in Rostock; sogenannte „Fußballfans“ griffen eine Polizeidienststelle, aber auch Dresdner Anhänger an. Dabei wurden leider auch mehrere Polizisten verletzt. – Wir wünschen den Kolleginnen und Kollegen eine baldige Genesung und alles Gute.

Dirk Stoß

Wurde in der Hansestadt wiederum von den Einsatzkräften toll angenommen: Unser GdP-Betreuungsstand am Rostocker Hauptbahnhof.
Foto: GdP



VERABSCHIEDUNG UND AMTSÜBERGABE

„Ade“ und „Hallo“ an der Bundespolizeiakademie ...

Unter dem Motto „Ich habe fertig“ meldete sich der Vorsitzende des Gesamtpersonalrates (GPR) bei der Bundespolizeiakademie, Hans-Joachim Motzka, in seinen wohlverdienten Ruhestand ab. Der ausgebildete Steuerfachgehilfe trat am 2. Januar 1974 in Fuldata, GSA A Mitte II, in den Dienst des damaligen Bundesgrenzschutzes ein. Nach mehreren Verwendungen in den Standorten Euskirchen, Nörvenich, St. Augustin und dem Aus- und Fortbildungszentrum (AFZ) Swisttal wurde Achim Motzka nach der letzten Reform zum Vorsitzenden des GPR bei der Bundespolizeiakademie in der Hansestadt Lübeck gewählt. Der Präsident der Bundespolizeiakademie, Bernd

Brämer, würdigte und bedankte sich für die der Bundesrepublik Deutschland geleistete Dienstzeit und das loyale, immer pragmatische und stets nette Wesen unseres Kollegen Motzka. Die Nachfolge als Vorsitzender des GPR trat Hans-Jürgen Gerlach aus dem AFZ Eschwege an. Der Vorsitzende der Direktionsgruppe Bundespolizeiakademie der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Rüdiger Maas, der auch als stellvertretender GPR-Vorsitzender Verantwortung trägt, attestierte den beiden Kollegen eine gewisse Seelen- und Wesensverwandtschaft. Hans-Jürgen Gerlach wie auch Hans-Joachim Motzka sind genau aus dem Schrot und Korn, aus dem man als Personalrat und Gewerkschafter sein muss. Sie besitzen diese aufblitzende intelligente Art, um mit verschiedenen

Problemstellungen pragmatisch umzugehen, wie auch ihre unverwechselbare und immer menschliche Art die Menschen letztendlich überzeugt. Rüdiger Maas bedankte sich für eine teils turbulente, aufregende, manchmal auch stressige, aber immer schöne gemeinsame Zeit mit Achim Motzka.



Alter und neuer GPR-Vorsitzender in Lübeck im Beisein von Behördenleitung und GdP (v. l. n. r.): Jürgen Gerlach, Bernd Brämer, Hans-Joachim Motzka sowie Rüdiger Maas.
Foto: Medienstelle AKA

KG KÜSTE

Gewerkschaft der Polizei (GdP) – Kreisgruppe (KG) Küste – präsentiert einen Beratungsstand unter dem Motto: „Auch du wirst älter.“

Nicht schlecht staunten die „Bordfahrer“ nach der Personalversammlung, als sie am 20. November 2014 nachmittags im 2. Stock der Bundespolizeiinspektion Cuxhaven auf ihre altgedienten Kollegen Peter Lühje und Rainer Neumann am GdP-Stand trafen.

Unter dem Motto „Auch du wirst älter“ organisierte die GdP-Kreisgruppe Küste Beratungsgespräche zur „Vorbereitung auf den Ruhestand“. Rainer Neumann und Peter Lühje standen den Rat suchenden Kollegen zur Seite und informierten über alle Themen rund um die Pension bzw. Rente.

Aber nicht nur die lebensälteren Kollegen wurden beraten; vom Inspektionsleiter bis zum Praktikanten fanden sich die Kolleginnen und Kollegen zu den zahlreichen Gesprächen ein. Gestärkt durch einen kleinen Imbiss konnten sich die Interessenten bei Arne Schneider – von unserem GdP-Kooperationspartner, der PolizeiversicherungsAG – und Michael Alka über die Anerkennung von Ausbildungs- respektive Vordienstzeiten, Vorsorge sowie die Leistungen der GdP ausführlich informieren.

MA



INTERNATIONALER FRAUENTAG



8. März 2015 Internationaler Frauentag

Zwar hat sich in den letzten Jahren einiges bewegt – doch noch immer sind die Chancen und Spielräume der Frauen im Beruf geringer als die der Männer, und die der Teilzeitbeschäftigten geringer als die der Vollzeitarbeitenden. In Zeiten, in denen man in immer stärkerem Wettbewerb um kompetente Kräfte steht, können sich Bundespolizei, Zoll und BAG diese Haltung nicht länger erlauben.

Wir sagen: Wer die Besten will, kann auf Frauen nicht verzichten!

Und wer gleiche Entwicklungschancen für Frauen, Erziehende und Pflegenden haben will, der muss auch etwas dafür tun! Dafür engagieren wir uns als Frauengruppe der GdP, Bezirk Bundespolizei:

- Keine Benachteiligung von Teilzeit- gegenüber Vollzeitbeschäftigten
- Neue Aus- und Fortbildungsmodelle: modular, regional und flexibel
- Gezielte Karriereförderung von Frauen, z.B. durch Mentoringprojekte
- Diskriminierungsfreie Beurteilungen
- Gerechte Eingruppierung und gezielte Förderung von Tarifbeschäftigten

Mehr über die Frauengruppe der GdP, Bezirk Bundespolizei, erfährst Du unter www.gdp-bundespolizei.de

GdP-Bezirk Bundespolizei · Forststraße 3a · D-40721 Hilden · Fon: 0211 – 71040 · www.gdp-bundespolizei.de

PRÄSENZ VOR ORT

Am 17. Januar 2015 wurde an den 70. Jahrestag der Zerstörung Magdeburgs im 2. Weltkrieg erinnert. Dieser Anlass wird jährlich durch viele Anhänger – auch gewaltbereiter, rechtsgerichteter Organisationen – sowie Einzelpersonen zu ihrer Sichtweise einer Geschichtsfälschung missbraucht. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), viele seiner Einzelgewerkschaften, andere Organisationen sowie die in Sachsen-Anhalt vertretenen Parteien, aber auch die Bürgerinnen und Bürger Magdeburgs positionierten sich dagegen. Wir, als Gewerkschaft der Polizei (GdP), nahmen dieses Ereignis zum Anlass, selbstverständlich als Ansprechpartner und Betreuer vor Ort zu sein und

ebenfalls Gesicht gegen Ausgrenzung und Intoleranz zu zeigen. Gleichzeitig konnten wir als GdP-Direktionsgruppe Mitteldeutschland – gemeinsam mit dem GdP-Landesbezirk Sachsen-Anhalt – die Betreuung der vielen eingesetzten Kolleginnen und Kollegen bei dieser polizeilichen Großlage sicherstellen. Natürlich lieben wir es uns nicht nehmen, Gespräche mit verantwortlichen Politikern vor Ort zu führen, um kritische Themen anzusprechen. Auch aufseiten

unserer vielen Kolleginnen und Kollegen wurde das GdP-Gesprächsangebot gerne angenommen und uns wurden Anregungen mit auf den Weg gegeben. Allen Beteiligten sprechen wir ein großes Lob und große Anerkennung für die professionelle Arbeit vor Ort aus sowie für eure ehrliche und offene Dialogbereitschaft. – Wir, die Kolleginnen und Kollegen der GdP, stehen für eure Interessen ein. Näheres unter: dir-mitteldeutschland.gdpbundespolizei.de

EF

POLITISCHE GESPRÄCHE

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Gleichstellungsfragen stehen dauerhaft für die Gewerkschaft der Polizei (GdP) auf der Agenda. Grund genug, mit der Parlamentarischen Staatssekretärin im Familienministerium, Elke Ferner (SPD, 2. v. l.) grundlegende Probleme in der Bundespolizei zu erörtern. Waltraud March (Gleichstellungsbeauftragte des Bundespolizeipräsidiums, 2. v. r.), Karin Dullnik (Vorstand der GdP-Frauengruppe, rechts) und Roland Voss (GdP-Bezirksvorstand, links) führten für die GdP das interessante Gespräch im Ministerium. Einig waren sich alle,



Foto: GdP

dass eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der Bundespolizei nur mit einer motivierten, personell gut ausgestatteten Organisation zu schaffen ist.

Näheres hierzu unter: gdpbundespolizei.de



Unsere GdP-Vertreter Etienne Frankenfeld (links) und Andreas Weise (rechts) im Gespräch mit dem Ministerpräsidenten Reiner Haselhoff (Bildmitte). Foto: GdP

